

Ägypten: Bemerkungen zur Innen- und Außenpolitik

von Reiner Bernstein¹

Gliederung

Resümee

| | |
|--|-------|
| I. Die „Wahrung nationaler Interessen“ | S. 3 |
| II. Umkämpfte Innenpolitik | S. 7 |
| III. Ringen um das Gemeinwesen der Zukunft | S. 10 |
| IV. Was bleibt? | S. 14 |

Resümee

Die Innenpolitik Ägyptens befindet sich in einer tiefen Umbruchphase. Hitzig wird in der Öffentlichkeit und in den Medien über die Parlamentswahlen am 29. November 2010 und die im September 2011 anstehenden Präsidentschaftswahlen debattiert. Gegen eine siebte Amtszeit des heute 81jährigen Hosni Mubarak warten Autoren und Intellektuelle mit personellen Gegenvorschlägen auf, die von Amr Moussa bis Mohammed El-Baradei, dem Nobelpreisträger von 2005, reichen. Die neue Führung der Moslembrüder, deren Mitglieder bisher als „hardliner“ auftraten, sucht nach einer neuen Balance zwischen ihren theologischen Überzeugungen und dem Verhältnis zur Staatspolitik und ihren Institutionen.

An den Plänen zum Bau einer unterirdischen Sperranlage an der Grenze zum Gazastreifen haben sich heftige Diskussionen um die genuinen nationalen Interessen des Landes entzündet. Der Tod von

¹ Stand 08. Februar 2010 mit aktuellen Fortschreibungen.

sechs Kopten am Vorabend ihres Weihnachtsfestes am 06. Januar 2010 in der Kleinstadt Nagaa Hammadi 700 Kilometer südlich Kairos verschärft die Frage nach den Bindekräften in der multireligiösen Gesellschaft; die Ermordung von 23 koptischen Christen in Alexandria in der Nacht zum 01. Januar 2011 bestätigte die wachsenden Spannungen. Die Flutkatastrophe Mitte des Monats, der mindestens zehn Menschen zum Opfer fielen und die gewaltige Schäden anrichtete, hat überdies das Problem der staatlichen Vorsorge sowie der Effizienz der Regierung und der Behörden aufgeworfen. Nur der Präsident scheint erhaben über dem öffentlichen Streit zu schweben und hält die Staatszügel fest in der Hand.

Angesichts der schwelenden innenpolitischen Problemlagen zeigt sich die ägyptische Außenpolitik außerstande, einen seinem Selbstverständnis als arabische Führungsmacht entsprechenden Beitrag zur Mäßigung der Spannungen und Rivalitäten unter den Mitgliedern der Arabischen Liga zu erbringen. Der Führung in Damaskus wird das enge Verhältnis zu Teheran vorgehalten. Gegenüber dem Iran sucht die Regierung in Kairo die Abstimmung mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten, und im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wartet sie auf Entscheidungen aus Washington – trotz der Enttäuschung nach Barack Obamas Rede am 04. Juni 2009 in Kairo, der Mubarak demonstrativ fernblieb. Der Fehlschlag der Vermittlungsbemühungen zwischen den verfeindeten palästinensischen Fraktionen lässt überdies erkennen, dass die Regierung ihr politisches Gewicht auf diesem Feld überschätzt hat.

Von der Europäischen Union und der zweiten Runde der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen in Berlin war in den ägyptischen Medien kaum die Rede. Die Aufmerksamkeit blieb auf Berichte über den ersten „Euro-Med Innovation Market“ in Kairo beschränkt, doch die Erklärung des Europäischen Parlaments am

21. Januar 2010 zu Nagaa Hammadi wurde als Einmischung in innere Angelegenheiten strikt zurückgewiesen.

Anlass und Grundlage der Bemerkungen, die in Gesprächen und aus Lektüren vor Ort unter Beziehung der einschlägigen Literatur gewonnen wurden, war eine Reise nach Ägypten zwischen dem 14. und 28. Januar 2010. Sie sind eine Momentaufnahme, die gleichwohl in die Herausforderungen einführen will, vor denen Ägypten in der Region steht. Dass aktuelle Informationen und Kommentare den in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen entnommen sind – also in der Bevölkerung kaum gelesen werden –, muss kein Nachteil sein, weil sie ein ungeschminktes Bild von politischen Bewusstseinslagen eher widerspiegeln als die seit 1981 unter Pressezensur stehende Medienlandschaft.

I. Die „Wahrung der nationalen Interessen“

Dem ägyptischen Geheimdienstchef Omar Suleiman ist es trotz vielfältiger Bemühungen, zu denen auch massiver politischer Druck gehörte, nicht gelungen, die Führung von „ Hamas“ zur Unterschrift unter die Vorlage einer innerpalästinensischen „Versöhnungserklärung“ zu veranlassen. Der Fehlschlag hat die Regierung ernsthaft dazu bewogen, den Bau einer vierzehn Kilometer langen unterirdischen Stahlwand anzukündigen, über den die israelische Zeitung „Haaretz“ am 09. Dezember 2009 erstmals berichtete. Kairos Pläne lassen sich zumindest von einem vierfachen Kalkül leiten:

- an seiner Grenze zum Gazastreifen eine tragfähige Entspannung zu erreichen, um eine Wiederholung der Konfrontation von 2009 zu verhindern,

- die ideologischen und propagandistischen Fäden zwischen „ Hamas“ und den Moslebrüdern im eigenen Land zu kappen sowie
- deren Unterstützung durch die „Hisbollah“, den Iran und durch Syrien zurückzudrängen, wenn nicht gar auszuschalten. Die Sympathien für die Opposition in Teheran liegen offen zu Tage²,
- den Druck der USA und Israels abzuwehren.

Mitte April 2010 waren die Bauten fast abgeschlossen. Zusätzliche Ankündigungen der Regierungen in Kairo und Riyadh, die über Satellit zu empfangenden Sender „Al-Djazeera (Die Landzunge)“ aus Qatar, „Al-Aqza“ von „ Hamas“ und „Al-Manar (Der Leuchtturm)“ von „Hisbollah“ der Zensur zu unterwerfen, erschienen gemäß dieser Interessenlage als folgerichtig.

Über den Bau der Befestigungsanlage prallten die Auffassungen scharf aufeinander. Die Gegner verwiesen auf die Absurdität, die israelischen Trennungswänden in der Westbank und im Norden, Osten und Süden Jerusalem als rassistisch zu verurteilen und im selben Atemzug die Stahlwände als nationalen Selbstschutz zu rechtfertigen, und verlangten stattdessen vom Staat, an „die Wurzel des Problems“ heranzugehen: an die Abriegelung des Gazastreifens durch Israel mit der Folge der Unterversorgung seiner Bevölkerung, statt den Warentransfer durch die Tunnelanlagen zu unterbinden. Dazu brachte der frühere Chef der Internationalen Atomenergiebehörde Mohammed El-Baradei, 2005 Empfänger des Friedensnobelpreises, die Einrichtung einer Freihandelszone in Rafah ins Gespräch. Der Direktor des UN-Flüchtlingswerks für Palästina (UNRWA) wies anhand einer Statistik nach, dass die

² So Mustafa El-Labbad: The Iranien triangle, in „Al-Ahram Weekly“ 14.-20.01.2010, S. 9.

Wirtschaft des Gazastreifens zu sechzig Prozent von den Tunnelanlagen abhängig ist.

Ein Diplomat der US-Botschaft in Kairo soll bestätigt haben, dass das Ingenieurskorps der US-Armee beim Bau technische Hilfe leiste³. Regierung und Parlament („People’s Assembly“) beriefen sich auf die „legitimen nationalen Interessen“, so Safwat el-Sherif, der Präsident des ägyptischen Oberhauses („Shura Council“), das im Juni 2010 neu gewählt werden soll. Innenminister Habib al-Adlit wandte sich an „den einfachen Bürger“ mit zwei Fragen:

„Soll ich die Tür meines Hauses die ganze Nacht offenhalten, wenn Frau und Kind drin sind? Wo bleibt dann mein Gefühl für Patriotismus, mein Gefühl der Bindung an mein Haus?“

Die offiziöse Zeitung „Al-Ahram (Die Pyramiden)“ ging noch einen Schritt weiter: „Hamas“ beteilige sich an jeder Konspiration gegen Ägypten, selbst wenn sie den Interessen des palästinensischen Volkes abträglich sei. Gleichzeitig verwahrte sich das Blatt gegen die „Ansammlung von bedeutenden Autoren, bekannten Journalisten und weithin angesehenen Schriftstellern“, die keine Schwierigkeiten mit der Idee hätten, dass die ägyptischen Grenzen für den Schmuggel von Waffen zum Gewalteininsatz oder gar zur Infiltration von Terroristen unterhöhlt würden. Dabei würde die Anlage lediglich defensiven Schutz gegen das Einsickern von „Hamas“- und „Hisbollah“-Angehörigen, wie in den Vorjahren geschehen, bieten⁴. Ja, diese „hochmütigen Intellektuellen“ seien sogar bereit, den Friedensvertrag mit Israel auf Spiel zu setzen, schrieb Abdel-Moneim Said in seinem vierspaltigen Beitrag, um die nationale Suprematie trotz der notorischen Rivalitäten, die den arabischen Nahen Osten zu zerreißen drohen, zu unterstreichen:

³ Ursula Lindsey: Egypt’s Wall, in „Middle East Report Online“ 01.02.2010.

⁴ Am 26. Januar begann der Prozess gegen 26 Verdächtige, die im Auftrag der „Hisbollah“ im April 2009 von ägyptischem Boden aus „Hamas“ unterstützt hätten und damit das Gewaltmonopol des Staates untergraben wollten.

„Auch wenn die Ägypter stillschweigend die generelle Linie ihrer Sympathie immer im Auge behalten, so haben sie doch eine klare und eindeutige Linie gezogen, die sie nicht überschreiten: Ihre volle und aktive Unterstützung der Angelegenheiten anderer macht vor allem dort halt, wo die höheren ägyptischen Interessen beeinträchtigt oder die nationale Sicherheit bedroht werden könnten. Kurz gesagt: Ägypten ist das [arabische] Kronjuwel des emotionalen Komplexes aus Loyalität, Identität und Bereitschaft, den Unterdrückten zu Hilfe zu kommen. [Aber] sich den Gefahren oder Tragödien der politischen Führer anderer Länder auszusetzen und sie von sich zu weisen, ist etwas, was Ägypter nicht tun können und was sie nicht dulden sollten⁵.“

Kein einziger Palästinenser im Gazastreifen werde durch die Blockadebauten an der Grenze Hungers sterben oder von der medizinischen Versorgung abgeschnitten sein, schloss der Autor seine Begründungen ab. Warum eigentlich verabschiedete sich Ägypten nicht von der palästinensischen Versöhnung, wo doch die eine Partei – „ Hamas“ – die Vermittlung ablehne? wurde anderen Orts gefragt. War Yasser Arafat nicht der Illusion aufgeessen, dass die Osloer Vereinbarungen seinem Volk keineswegs nationale Rechte eingeräumt hatten und stattdessen in einem Vokabular verharrten, das nicht einmal andeutungsweise die Interpretation der Befreiung vom israelischen Kolonialismus zuließ⁶? Gleichwohl solle die palästinensische Frage die wichtigste für das ägyptische Volk bleiben. Dafür hätten Generationen mit ihrem Leben Opfer erbracht; sich der wechsellvollen Geschichte zwischen beiden Völkern seit der britischen Mandatszeit in Palästina zu stellen, dafür gab es also keine Neigung. Ein anderer Kommentar empfahl sogar, dass sich

⁵ Abdel-Moneim Said: Defending Egypt II, in „Al-Ahram Weekly“ 14.-20.01.2010, S. 15.

⁶ Joseph Massad: Oslo and the end of Palestinian independence, in „Al-Ahram Weekly“ 21.-27.01.2010, S. 7.

Ägypten von der Rolle der „großen arabischen Schwester“ verabschiede und einen eigenständigen Weg einschlage.

Am 24. Januar dekretierte Mubarak, dass er mit niemand über die Befestigung diskutieren werde, wofür er von der Oppositionszeitung „Al-Wafd (Die Delegation)“ belobigt wurde: Der Islamische Forschungsrat an der Al-Azhar Universität eilte der Regierung mit einem Rechtsgutachten („fatwa“) zu Hilfe, wonach aus islamischer Perspektive die „Barrieren“ zum Schutz gegen Schäden durch die Tunnel Rechtens seien – trotz der Kosten in Höhe von mehr als zehn Milliarden Ägyptischen Pfund (rund 1,3 Milliarden Euro).

II. Umkämpfte Innenpolitik

Der Anspruch als säkularer und demokratischer Rechtsstaat ist häufig bestritten worden. Mythos und Realität kämpfen um die Vorherrschaft. In der Verfassung von 1982 wurde die Sharia zur Hauptquelle der Gesetzgebung bestimmt, und die Zahl der religiösen Lehrstühle stieg seit den 1990er Jahren mit Hilfe der Investitionen aus dem wahhabitischen Königreich kontinuierlich⁷. Der Eindruck von einem „saudischen Zeitalter“ war nicht von der Hand zu weisen⁸. Die Moslembrüder bildeten Zentren eines „politisierten Kulturalismus“⁹, von denen aus Berufsverbände, Gewerkschaften und studentische Organisationen unterwandert wurden. 2006 wurden 120.000 Moscheen und weitere 900.000 Anwesen für Gebet und Predigt gezählt. Die harte Hand der staatlichen Organe unter tätiger Mithilfe der Justiz sorgte dafür, dass der Begründung eines

⁷ Olivier Roy: Changing Patterns Among Radical Islamic Movements, in „The Brown Journal of World Affairs“ VI(Winter/Spring 1991), S. 109 ff.

⁸ Abdelwahab Al-Affendi: Eclipse of Reason: The Media in the Muslim World, in „Journal of International Affairs“ 47(Summer 1993)1, S. 163 ff.; vgl. Nasr Hamid Abu Zaid: Ein Leben mit dem Islam. Erzählt von Nervid Kermani. Freiburg, Basel, Wien 1999, S. 162 f.

⁹ Ghassan Salamé: Democracy Without Democrats? London, New York 1995, S. 17.

Islam des Mittleren Weges („*wassatiya*“) ¹⁰ kein Erfolg beschieden war. 1995 wurde die Ehe zwischen Nasr Hamid Abu Zaid und seiner Frau Ibtahal Yunes mit der absurden Behauptung zwangsgeschieden, sie seien vom Glauben abgefallen.

Trotz allgegenwärtiger Ängste vor Nachstellungen tadelte die „Egyptian Organization for Human Rights“ im Herbst 2000 den „Anschein der Demokratie“. Andere Quellen bezeichneten die staatliche Ordnung als „eine große Wahnvorstellung“ ¹¹, als eine „Fassadendemokratie“ oder als ein „nicht-funktionales liberales System“ ¹² unter dem präsidentialen Schirm eines „kontrollierten Pluralismus“ ¹³. Bei ihm sei ein politisch effektiver Platz für die Opposition nicht vorgesehen. Den Machteliten aus Bürokratie, Militär und Bourgeoisie der Geschäftswelt gehe es ausschließlich um die Verteidigung ihrer Privilegien. Ein oppositioneller Abgeordneter wurde mit der Klage zitiert, dass das Krebsgeschwür der Korruption in Regierungskreisen bis hin zu Provinzpotentaten mit Verbindungen in die kriminelle Szene reiche. Dabei würden sechs Millionen Menschen allein in der Provinz Sharqia im Nildelta unter dem Existenzminimum und vierzig Prozent der Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze leben – nach öffentlichen Berechnungen mit steigender Tendenz, weil die Bevölkerung von heute achtzig Millionen durch Geburtsüberschüsse jährlich um 1,3 Millionen Menschen wächst. Das jährliche Durchschnittseinkommen pro Person soll bei 1755 US-Dollar liegen, und jedes Jahr stehen 600.000 junge Ägypter dem Arbeitsmarkt neu zur Verfügung.

¹⁰ Raymond William Baker: *Islam Without Fear. Egypt and the New Islamists*. Cambridge 2003.

¹¹ Eberhard Kienle: *A Grand Delusion. Democracy and Arab Reform in Egypt*. London 2001.

¹² Adel Guindy: *The Islamization of Egypt*. Interdisciplinary Center Herzliya, September 2006.

¹³ Raymond A. Hinnebusch: *Political Parties in the Arab State: Libya, Syria, Egypt*, in Aeed Dawisha and I. William Zartman (eds.): *Beyond Coercion. The Durability of the Arab State*. London New York Sydney 1988, S. 73 ff.

Die Pläne, rund 160.000 Bewohner der Friedhöfe Kairos, die häufig unter dem Diktat von Kriminellen stehen, in neue Schlichtbauten an der Peripherie der Stadt umzusiedeln, scheinen nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein darzustellen. Während die „Ain Shams University“ dazu eine umfassende Studie vorlegte, sah sich ein ehemaliger Minister für Wohnungsbau nach fünfjährigen Untersuchungen einer Klage wegen illegaler Bereichungen, die ihn zum Milliardär machten, gegenüber. Gleichzeitig wurde die Erhöhung der Grundstücksteuer angekündigt, die alle Eigentümer treffen würde. Ein Taxifahrer – „die Stimme des Volkes“ – bemerkte uns gegenüber, dass Mubaraks ältestem Sohn Alaa, einem Bankier, das halbe Sharm el-Sheikh gehöre. Gerüchte wollten nicht verstummen, dass an der Grenze zum Gazastreifen Beduinen und Angehörige der Sicherheitskräfte – letztere wegen ihrer schlechten Bezahlung – Versuchungen der Bestechlichkeit erliegen.

Die Gewaltenteilung steht ständig vor der Bewährungsprobe. Der Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die Regierenden – mit ihren „starken Medien“ im Hintergrund¹⁴ – ist mit Händen zu greifen. So verfiel die Absicht des Finanzministers, die neue Grundstücksteuer, die – so wurde vermutet – zur Finanzierung der Stahlwände an der Grenze zum Gazastreifen eingesetzt werden sollen, dem Einspruch des Präsidenten. Gleichzeitig wischte Ägyptens First Lady Suzanne Mubarak mit einem Federstrich die Vorlage des Parlaments vom Tisch, die Opfer der Flutkatastrophe auf der Sinai-Halbinsel sowie in el-Arish und in Assuan pro Familie mit 25.000 Ägyptischen Pfund (rund 3.250 Euro) zu entschädigen, und erhöhte den Betrag auf 80.000 Pfund (rund 10.400 Euro). Das demokratische Prinzip der „checks and balances“ war durchbrochen, zum wiederholten Male von einer Persönlichkeit, die keiner politischen Rechenschaft unterliegt. Wie in Jordanien um den Thron der Haschemiten soll das Tabu die Präsidentenfamilie vor der öffentlichen Kritik schützen.

¹⁴ Salama A Salama: Crisis confidence, in „Al-Ahram Weekly“ 14.-20.01.2010, S. 15.

Ob sich oppositionelle Parteien und Gruppierungen wie die aus Islamisten, Sozialisten und Nasseristen 2003 gegründete Gruppe „Kifaya (Genug)“ bei der nächsten Präsidentschaftswahl Gehör verschaffen können, erscheint eher zweifelhaft. Vor der Aussicht, zugelassen zu werden, steht Artikel 76 des Verfassungszusatzes von 2005, wonach ein Kandidat von 65 Abgeordneten des Parlaments, 45 Angehörigen des „Shura Council“ und 140 Mitgliedern der Provinzräte unterstützt werden muss – ein Quorum, das aufgrund der überwältigenden Mehrheiten der Nationaldemokratischen Partei (NDP) Mubaraks in diesen Gremien schwer zu erbringen ist. Gleichwohl hat sich eine Reihe anderer Bürgerinitiativen wie die „Ägyptische Kampagne gegen die Monopolisierung der Macht“ formiert, die mit der Formel auftritt „Es ist an der Zeit, dass alle Ägypter nein sagen und dass wir nicht länger [von einem installierten Nachfolger zum nächsten] vererbt werden“. Inoffiziell werden Mubaraks Sohn, der 46jährige Gamal, und der 75jährige Geheimdienstchef Omar Suleiman als nächste Präsidenten gehandelt, wobei letzterer lediglich ein Mann des Übergangs sein dürfte.

Mohammed El-Baradei stellte sich erstmals am 26. März 2010 mit einer Predigt in der Kairoer Al-Hussein-Moschee der Öffentlichkeit als Präsidentschaftskandidat vor, zwei Tage später unterzeichneten zahlreiche Intellektuelle und Künstler das Manifest „Gemeinsam zum Wandel“ seiner „National Assembly for Change (NAC)“, die am 21. Februar 2010 gegründet worden war. Abgeordnete der NDP reagierten im April mit der Aufforderung an den Innenminister, die Sympathisanten El-Baradeis erschießen zu lassen.

III. Ringen um das Gemeinwesen der Zukunft

Ägyptische Gesprächspartner reagierten mit resigniertem Kopfschütteln, als wir sie auf die Unfähigkeit der Regierung und

Behörden ansprachen, den Flut- und Sturmopfern zu helfen. „Unsere Welt der kurzsichtigen Zwerge“ stehe vor „ihrer vielleicht schwersten Existenzkrise in ihrer langen Geschichte“, wurde befürchtet. Der „Arab Human Development Report“ der Vereinten Nationen stellte ein „akutes Defizit an Freiheit und guter Regierung“ fest. Der Staatsapparat, wurde eine Mitarbeiterin des „Al-Ahram Centre for Political and Strategic Studies“ zitiert, könne nur überleben, wenn er die Angst vor dem Terrorismus wach halte. Allein im Jahr 2005 wurden vom ägyptischen „Nationalen Menschenrechtsrat“ 5826 Beschwerden von Bürgern wegen willkürlicher Verhaftungen und wegen Folterung gezählt¹⁵. Im Mai 2010 wurde der seit den 1950er Jahren geltende Ausnahmezustand um weitere 24 Monate verlängert.

Die Naturkatastrophe – die schwerste seit dreißig Jahren – mit mindestens zehn Toten richtete nach ersten Berechnungen einen Schaden von 400 Millionen Ägyptischen Pfund (rund 52 Millionen Euro) an. Gegen protestierende Beduinen im Süden des Sinai, die die Fahrstraße nach Sharm el-Sheikh mit Lastwagen und brennenden Reifen blockierten, ging die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen vor, wohl wissend, dass letztere, aus kurzer Entfernung abgefeuert, tödliche Verletzungen bewirken können. Einmal mehr geriet die Definition nationaler Interessen in die Debatte: Wer stelle die größere Gefahr für Ägypten dar, lautete die rhetorisch hingeworfene Frage – die unter Belagerung lebenden Palästinenser im Gazastreifen oder die Fluten, die das Land, die Bauernhöfe und Häuser verwüsten?

Den verbotenen Moslembrüdern gelang es trotz der eigenen Militanz und trotz des Einsatzes der behördlichen Gewalt gegen sie, sich als Bewegung des Volkes für das Volk zu präsentieren. Sie sind „verboten und doch allgegenwärtig“, hat ein deutscher

¹⁵ Egypt: Authorities Intensify Crackdown on Muslim Brothers: Journalists Arrested, in „Carnegie Endowment for International Peace“ 5(February 2007)1.

Korrespondent berichtet¹⁶. Seit den Wahlen im November 2005 stellen sie in der „Volksversammlung (Madjlis al-Shaab)“ – dem Unterhaus – als „Unabhängige“ ein Fünftel der 454 Abgeordneten in der „People’s Assembly“. Zur allgemeinen Beruhigung hat der neue Vorsitzende des Obersten Lenkungsrates der Moslembroderschaft („Shura Council“), der in ihr seit den frühen 1950er Jahren fest verankerte 67jährige Pathologie Mohamed Badei, angekündigt, dass sie als „Banner des modernen Islam“ an eine schrittweise Reform der Gesellschaft durch ein friedliches und verfassungsmäßiges Ringen auf der Grundlage von Erziehung und Dialog herangehe.

Kurz darauf entließ Badei den zur Gruppe der „hardliner“ gehörenden Generalsekretär¹⁷. Obwohl von der Moslembroderschaft aufgrund ihres inneren Reformbedarfs keine Gefahr für das Regime ausgeht und obwohl sie bei den Wahlen im November 2010 mit keinem eigenen Kandidaten antreten will – ohne freilich die Absicht zu verfolgen, der Politik den Rücken zu kehren –, spielt die Fortsetzung der Repressionen die allgegenwärtigen Krisensymptome wider. Denn die Moslembroder sind zu einem revolutionären Akt weder in der Lage, noch sind von ihnen entsprechende Pläne bekannt, ist expliziert worden¹⁸. Am 05. April 2010 entließen die Behörden aufgrund eines Gerichtsurteils sechzehn führende Moslembroder aus der Haft, darunter den Stellvertreter Badeis, Machmud Ezzat¹⁹. Am 17. Mai 2011 droht der „Shura Council“ einem Mitglied, das sein Interesse an der Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten Ende des Jahres zu erkennen gegeben hat, mit dem Ausschluss.

¹⁶ Tomas Avenarius: Verboten und doch allgegenwärtig, in SZ 20.06.2005, S. 2.

¹⁷ Zum liberalen Flügel der Führung der Moslembroderschaft sollen Essam El-Erian, Moneim Abu el-Futuh sowie Mohamed Akif angehören..

¹⁸ Egypt court orders release of Brotherhood leaders, in „The Jordan Times“ 06.04.2010, S. 4.

¹⁹ Tomas Avenarius: Verboten und doch allgegenwärtig, in SZ 20.06.2005, S. 2.

Die andere Herausforderung gilt dem Verhältnis der islamischen Mehrheit zu den koptischen Christen; allein durch den Eintrag ihrer Religionszugehörigkeit im Pass ist für Diskriminierungen Tür und Tor geöffnet. Artikel 1 der Verfassung bekräftigt, dass das politische System der Republik auf der Staatsbürgerschaft basiere, während Artikel 5 die Gründung einer politischen Partei auf religiöser Grundlage verbietet. Dennoch fällt die Zahl der Kopten, die immerhin zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, in Ausbildungsstätten für Polizei und Militär, in der Justiz und im diplomatischen Korps sowie als Dozenten an Universitäten gering aus. Der Präsident der „Föderation moslemischer Wissenschaftler“, Youssef al-Qaradawi, wies sogar einen Vorschlag zurück, mit Kopten Neujahrsgrüße auszutauschen. Aufgrund des Gegensatzes von Anspruch und Wirklichkeit war es nicht verwunderlich, dass die Vorgänge in Nagaa Hammadi von amtlicher Seite als ein individueller Akt der Rache bezeichnet wurden, die in Oberägypten üblich sei; weil der Ermordung der sechs Kopten der Versuch der Vergewaltigung eines zwölfjährigen moslemischen Mädchens vorausgegangen sei.

Doch die Einlassung des Außenministeriums, die Parlamentarier sollten sich eher um den Minarett-Streit in der Schweiz befassen, wurde schnell durch den Verweis entkräftet, dass die sektiererische Konfrontation – keineswegs die erste – auf tiefer liegende Probleme verweise: auf wirtschaftliche Notlagen und soziale Unterprivilegierungen. Außerdem wurden unangemessene Einstellungen von Lehrern und manche Schulcurricula kritisiert. Da Lehrbücher den Islam über das Christentum stellen und die Kopten als Ungläubige („*kuffar*“) verunglimpfen würden, erhöhe sich wie bei kommunizierenden Röhren die Zahl zorniger Christen mit dem Anwachsen fanatischer moslemischer Gruppen.

IV. Was bleibt?

Ägypten steht vor schweren innenpolitischen Herausforderungen. Zu ihren wichtigsten Elementen gehören Entscheidungen über die politische Zukunft Hosni Mubaraks sowie über die Zukunft als multireligiöses Gemeinwesen. Der Präsident hat zwar die Parteien und Jugend aufgerufen, mehr politische Verantwortung durch die Beteiligung an den nächsten Wahlen zu übernehmen, den Appell jedoch mit der Einschränkung versehen: wenn sie das „Potential (hätten), Ägypten und Ägyptern zu helfen“.

Gleichwohl hat Marina Ottaway vom „Carnegie Endowment“ nach zahlreichen Gesprächen vor Ort den Eindruck mitgebracht, dass die Ergebnisse der Wahlen zum Parlament und zum „Shura Council“ absehbar sind: Da die NDP auch künftig beide Häuser kontrollieren werde, sei Ägypten zu einer eindimensionalen Gesellschaft geworden, in der es keine wahre Alternative zu den Herrschenden gebe. Allein die Frage sei unbeantwortet, wie viele Sitze sie den Oppositionsparteien einräumen werde, um der Fiktion des seit dem Staatsstreich von 1952 praktisch anhaltende Einparteiensystems zu entgehen – dem die USA und die internationale Gemeinschaft durch das große Schweigen ihren Segen geben hätten. Nach dem Scheitern und aufgrund des inneren Dissenses der Opposition werde deren Rolle heute von regierungsunabhängigen Zeitungen, Fernsehstationen und Internet-Aktivisten wahrgenommen, hat Ottaway berichtet. Die einst hohen Erwartungen an Obama seien verflogen²⁰.

Vorhaltungen aus dem Ausland werden ungnädig aufgenommen. Bill Clintons Nahost-Berater Martin Indyk hat 2002 berichtet, dass die Regierung in Kairo auf gelegentlich geäußerte milde Sorgen des

²⁰ Marina Ottaway: Egypt: From Semi-Authoritarianism to One-Dimensionality „Carnegie Endowment for International Peace“ 25 February 2010.

State Department über Menschenrechtsverletzungen gereizt reagierte²¹. Sechs Jahre später drohte ein Treffen zwischen Mubarak und Condoleezza Rice zu platzen, weil die Außenministerin die Verschiebung der Gemeindewahlen um zwei Jahre kritisiert hatte. Die halboffizielle Zeitung „al-Gjumbhuriya (Die Republik)“ warf ihr daraufhin vor, ihre Gastländer „mit Erklärungen, Warnungen und Beleidigungen zu bombardieren“. Die Erklärung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2010 löste ein missbilligendes Echo aus. Seiner eigenen Administration hielt Indyk, der zweimal als Botschafter in Tel Aviv aus Position war, vor, im Ausland einfüchtig zu agieren²².

Zu den generellen Eindrücken der Reise gehörten Erfahrungen, dass sich die ägyptische Gesellschaft ein beträchtliches Potential an Arbeitskräften mit mangelhaften Qualifikationen glaubt leisten zu können. Familien schicken ihre Kinder auf Privatschulen, auch wenn die Ausgaben an der wirtschaftlichen Substanz zehren. In der Bürokratie und im Dienstleistungssektor finden Menschen ein, wenn auch schmales Auskommen, obwohl sie kaum gebraucht werden. Die zahlreichen Straßensperren auf den Hauptstraßen binden eine große Zahl von Polizisten und Soldaten, deren Aufgaben nicht erkennbar sind. Dass die verdeckte Arbeitslosigkeit Menschen (überwiegend Männer) von der Straße holt, kann auf Dauer nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Im März 2010 verabschiedete die Regierung den Haushaltsentwurf für 2010/2011 mit einem Volumen von 399 Milliarden Ägyptischen Pfund (rund 52,5 Milliarden Euro) bei einem Einnahmedefizit in Höhe von 109 Milliarden EL. Für Personalausgaben sind neun Milliarden und für Subventionen 115 Milliarden EL vorgesehen worden. Die Regierung hofft, das laufende

²¹ Martin Indyk: Back to the Bazaar, in „Foreign Affairs“ January/February 2002, S. 75 ff.

²² Martin Indyk: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East. New York et al. 2009. Eine ausführliche Besprechung des Buches befindet sich in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.

Haushaltsdefizit zumindest teilweise durch ein Wirtschaftswachstum von 5,8 Prozent im kommenden Jahr ausgleichen zu können.

Der „Al-Azhar Universität“ eilt nach wie vor der Ruf voraus, hoffnungslos hinter den Anforderungen eines modernen Gemeinwesens hinterherzulaufen und viele Studenten mit einem halbislamischen Wissen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Wir empfanden es als symptomatisch, dass während unseres Besuchs ein Streit darüber ausbrach, ob und unter welchen Bedingungen Ägypten Naturgas exportieren sollte – allein Israel nimmt über den Vertrag von 2005 hinaus für achtzehn weitere Jahre Erdgas zum Preis von drei US-Dollar pro „British Thermal Unit (btu)“ ab –, obwohl es auf die Einfuhr ebendieses Energieträgers angewiesen ist. Gleichzeitig ist Ägypten zur Einfuhr von Erdöl gezwungen.

Für einen substantiellen Beitrag zur Überwindung des israelisch-palästinensischen Konflikts reichen die ägyptischen Kräfte nicht aus, zumal da für Kairo wegen des Ungleichgewichts der Kräfte der Einsatz militärischer Gewalt ausgeschlossen und inakzeptabel ist. Wie seit 1948 überwiegen auch bei den anderen Staaten die eigenen nationalen Interessen, die ein koordiniertes diplomatische Vorgehen erschweren, wenn nicht gar verhindern. Angesichts des politischen Stillstands, den besonders die arabische Führungsmacht Ägypten hinterlässt, wird sich die Palästinensische Autonomiebehörde einmal mehr in ihrer Entscheidung bestätigt fühlen, dass nur sie selbst für die Durchsetzung ihres Nationalstaatsziels sorgen kann, obwohl ein vollkommener Rückzug von „den arabischen Bruderstaaten“ die eigene Isolierung international komplettieren würde. Für Jordanien sei die Schaffung eines palästinensischen Staates eine tödliche Gefahr, hat der Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti nicht zum ersten Mal behauptet²³.

²³ Dazu ihr Bericht „Palestine: Moving Forward, Priority Interventions for 2010“. Ramallah, January 2010. Außerdem „Interview with Dr. Hassan Abu-Libdeh, Minister of National Economy“, Portland Trust (London) 2009: „Our goal is to complete the institutional basis for a Palestinian state within two years.“

Vorsicht ist also geboten: Nach Aussage von Salam Fayyad auf der Herzliya-Konferenz Anfang Februar 2010 geht es nicht um die Ausrufung des Staates Palästina, sondern um seinen allmählichen Aufbau, mithin um einen Reifungsprozess, dessen Endstadium offen bleibt. Schon vor Monaten hatte Fayyad alle Ministerien in Ramallah aufgefordert, im Umgang mit den Finanzmitteln der Geberstaaten rational nachvollziehbare Prioritäten für Entwicklung und Infrastruktur vorzulegen²⁴.

Diese Zurückhaltung steht in engem Zusammenhang mit der Enttäuschung über die westliche Nahostpolitik. Shimon Peres erntete im Deutschen Bundestag mit seiner Rede aus Anlass der 65. Wiederkehr der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 2010 durch sowjetische Truppen „standing ovations“, obwohl er sich natürlich zum Frieden bekannte, sich aber nur höchst vage zu den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes äußerte. Benjamin Netanyahu wiederholte aus demselben Anlass in der Gedenkstätte Auschwitz in nachdrücklichen Tonlagen Israels strategische und territoriale Forderungen.

Wem zur israelischen Verweigerung des palästinensischen Rechts auf einen souveränen und lebensfähigen Staat nichts einfällt und wer an der Zweistaatenlösung festhalten will, wiewohl er sie nicht durchsetzen kann, verfällt leicht der Neigung, in der Scham über den Holocaust das Heil zu suchen. Während zahlreiche israelische Bürger in einem Offenen Brief der deutschen Diplomatie vorwarfen, aus einem „Klima der Angst“ heraus im Blick auf die israelische Politik die falschen Lehren zu ziehen²⁵, ließ es sich Bundestagspräsident Norbert Lammert nicht nehmen, zur stereotypen Sentenz vom „Existenzrecht [Israels] und der Sicherheit

²⁴ Meron Benvenisti: United we stand, in „Haaretz“ 29.01.2010.

²⁵ Shimon Peres Does Not Speak For Us, January 2010.

seiner Bevölkerung ... , in sicheren Grenzen zu leben“, Zuflucht zu nehmen. Auch Mahnungen an die israelische Adresse blieben aus, sich die regionalen Folgen eines gewaltigen Militärschlags gegen das Regime in Teheran zu vergegenwärtigen.

In denselben Tagen zeigten sich arabische Medien über die Unberechenbarkeit Teherans ebenso besorgt wie über die Unwägbarkeiten des israelischen Nachbarn. Doch Lammert zog es vor, sich auf Angela Merkel zu berufen, die nach den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen am 18. Januar in Berlin ihre Absichtserklärung vom März 2008 vor der Knesset wiederholte, wonach sich Deutschland der Verantwortung für das Recht Israels auf Existenz auch bei der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet nicht verweigern werde. Damit war die Praxis deutscher Waffenexporte nochmals bestätigt.

Die deutsche Nahostpolitik befließigt sich Illusionen, die sich aus einem fast romantischen Verständnis eines frühen Zionismus speisen, dessen Träger von Kurt Blumenfeld, Martin Buber, Hans Kohn, Judah L. Magnes, Georg Landauer und Arthur Ruppin bis Robert Weltsch politisch einflusslos blieben. Gegenwärtig scheint Netanyahu nach Auffassung eines führenden israelischen Kommentatoren, des früheren Direktors des „Jaffee Center for Strategic Studies“ an der Universität Tel Aviv, Yossi Alpher, darauf zu warten, dass sich die USA so tief in der Region verstricken, so dass sie vor dem israelisch-palästinensischen Prozess kapitulieren oder dass seine – Netanyahus – grenzenlosen Wunschvorstellungen in der Lage seien, alle Parteien auf Dauer zu manipulieren²⁶. Wenige Tage später begründete Meron Benvenisti seine These aus den 1980er Jahren noch einmal, dass die Zweistaatenlösung erledigt sei, und hielt der internationalen Gemeinschaft vor, mit ihren finanziellen und sonstigen Leistungen den Status quo zum Vorteil der

²⁶ Yossi Alpher: The peace process will resume, but why?, in „bitterlemons“ 18.01.2010.

israelischen Politik zu verlängern²⁷. Derweil geht die Aufwertung der europäisch-israelischen Beziehungen trotz mancher Dementis weiter.

Auf bilateraler Ebene wurden bei den jüngsten Regierungskonsultationen mehrere Abkommen unterzeichnet. Während Shimon Peres – unter David Ben-Gurion der Vater des Atomwaffenprogramms in Dimona und in den frühen 1970er Jahren der Architekt der Siedlungspolitik in der Westbank – aus den Händen Guido Westerwelles dem „Walter-Rathenau-Preis“ erhielt, eröffnete die Ministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan am 05. Februar in Jerusalem den „Stiftungsfonds Martin-Buber-Gesellschaft der Forschungsstipendiaten in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ mit einem Finanzvolumen von 20 Millionen Euro, auch wenn die Stadt bis heute auf eine Ehrung des deutsch-jüdischen Philosophen wartet. Die Straße in Jerusalemer Orsteil Talbiye, in der Buber bis zu seinem Tod 1965 wohnte, trägt nach wie vor den Namen der „Chowewei Zion“ in Erinnerung an eine kleine Gruppe osteuropäischer Einwanderer vor Anbruch des politischen Zionismus. Das neue deutsch-israelische Stipendiatenprogramm auf den Namen Martin Bubers hätte ein Signal sein können, dass die Bundesregierung darauf dringt, die Idee des Ausgleichs zwischen Israelis und Palästinensern neuen Schwung zu verleihen.

Doch dazu hätte eben auch die Autonomiebehörde einbezogen werden müssen, und die israelische Regierung selbst hätte sich auf den Weg der Versöhnung verpflichten müssen. So bleibt es auch diesmal bei dem, was der Jerusalemer Erziehungswissenschaftler Akiva Ernst Simon einst bitter bemerkt hat: „Es gibt in Israel eine weitverbreitete Tendenz, die während Ben Gurions langer Regierung fast offiziell war, Bubers Weltruhm zwar für das kollektive Prestige des Staates [im Ausland] auszunutzen, seinen Träger aber dadurch zu definieren, dass man seine politischen Ideen, Vorschläge und

²⁷ Meron Benvenisti: United we stand, a.a.O.

Forderungen in ein überirdisches Wolkenkuckucksheim
abschob...²⁸“.

*Abgeschlossen am 31.01.2010
mit geringfügigen aktuellen Zusätzen*

²⁸ Ernst Simon: Nationalismus, Zionismus und der jüdisch-arabische Konflikt in
Martin Bubers Theorie und Wirksamkeit, in „Bulletin des Leo Baeck Institute“
33(1966)9, S. 21 ff. Vgl. die Eintragung am 05.02.2010 in der Menüleiste
„Chronologie“ dieser Homepage.